

II-3603 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 183813

1978 -04- 21

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. WIESINGER, Dr. Schwimmer
und Genossen
an den Bundesminister für soziale Verwaltung
betreffend Rezeptgebührenerhöhung

In einem Bericht der Tageszeitung "KURIER" vom 6.4.1978 wird über eine Diskussion zum Kapitel "Soziales" des neuen SPÖ-Programmes berichtet. Dabei ging es um den Beginn einer heftigen Debatte innerhalb der SPÖ um das Thema Rezeptgebühren:

"Während Sozialminister Gerhard Weissenberg meinte, durch den seit Jahresanfang geltenden Selbstbehalt für Medikamente sei eine neue sozialpolitische Theorie verwirklicht worden, (Zumutbarkeit von Bagatellbelastungen, um mehr Geld für wirklich große Aufgaben zu haben), widersprach dem der Präsident des SP-Rentnerverbandes, Robert Uhlir. Dem Selbstbehalt in dieser Form müsse die ältere Generation entschieden widersprechen, er habe in der Partei das Verständnis für die Probleme der Alten vermisst. Weissenberg dazu: Zur Zeit der Regelung habe man ihre Tragweite nicht ganz erkannt. Es handle sich nicht um eine Frage der grundsätzlichen Einstellung, man werde über eine Ausweitung der Rezeptgebührenbefreiung reden müssen".

Jetzt auf einmal will der Sozialminister, der die Folgen der eigenen Entscheidungen nicht abschätzen kann, über eine Ausweitung der Rezeptgebührenbefreiungen reden. Als die ÖVP bei der Behandlung des vom SPÖ-Abgeordneten Dr. Schranz - einem Vorstandsmitglied des sozialistischen Rentner- und Pensionistenverbandes - eingebrachten Antrages auf Erhöhung der Rezeptgebühr um nicht weniger als 150 % ihrerseits die Befreiung von Mehrkinderfamilien und chronisch Kranken von der Rezeptgebühr verlangte, wurde dieser Antrag von der sozialistischen Mehrheit glatt abgelehnt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

A n f r a g e :

- 1) Halten Sie die Dauermedikation für chronisch Kranke für eine "unnötige Ausgabe" der Krankenversicherung, wie Sie das in Ihrer Rede am 7. April 1978 bei der oben zitierten Diskussion getan haben ?
- 2) Haben Sie mit den großen Pensionistenorganisationen in der Frage der Rezeptgebührenerhöhung Kontakt gepflogen und etwaige Bedenken an die Antragsteller des Antrages, mit dem die Rezeptgebühr erhöht worden ist, mitgeteilt ?
- 3) Sind Sie aufgrund der massiven Proteste weiter Kreise der Bevölkerung bereit, für chronisch Kranke und kinderreiche Familien sowie Pensionisten mit einer Pension bis 4.728.- S eine Befreiung von der Rezeptgebühr vorzusehen ?